Krakauer Zeitung.

Nr. 251. Freitag, den 2. November **1860.**

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mi 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung $3\frac{1}{2}$ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung". Zusendungen werden franco erbeten.

IV. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Oktober d. J. den provisorischen Direktor der Krakauer Spitäler zu St. Lazar und zum heiligen Geiste, Dr. Ferdinand Kopczyński, zum ordentlichen Professor der Staatsarzneikunde an der Krakauer Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 2. November.

Die „Wiener Zeitung" vom 1. d. bringt das kaiserliche Patent, womit das Statut über die Landesvertretung im Herzogthume Salzburg erlassen wird.

Im Herzogthum Salzburg hat als Landesvertretung zur Berathung und Besorgung der in diesem Statute bezeichneten Landesangelegenheiten der Landtag und der ständige Landtagsausschuß zu bestehen.

Der Landtag besteht unter der Leitung und dem Vorsitze des vom Kaiser ernannten Landeshauptmanns aus zwanzig Mitgliedern.

Aus der Geistlichkeit haben Sitz und Stimme im Landtage: Der Fürsterzbischof zu Salzburg, die Aebte der Benediktinerstifte St. Peter und Michelbeuern, ein vom Domkapitel aus seiner Mitte gewählter Abgeordneter. Im Verhinderungsfalle können sich der Fürsterzbischof durch ein Mitglied des Diözesan-Kuratklerus, die Aebte von St. Peter oder von Michelbeuern durch einen Stiftsgeistlichen vertreten lassen.

Die Mitglieder der mit der Landstandschaft in Salzburg betheiligten adeligen Familien, welche an direkter Steuer im Lande wenigstens fünfzig Gulden bezahlen, wählen aus sich zwei Abgeordnete in den Landtag. Die Wahl geschieht mittelst Stimmzettel, welche an den Landtagsausschuß eingesendet und von diesem eröffnet und verzeichnet werden.

Für die Stadt Salzburg haben zwei vom Gemeinderathe aus seiner Mitte gewählte Abgeordnete und für die Städte Hallein nnd Radstadt je Ein durch und aus der Gemeindevertretung gewählter Abgeordneter am Landtage theilzunehmen.

Die Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer wählen Einen Abgeordneten. Dieser Abgeordnete muß dem Stande der Handels- und Gewerbekammer als wählbar angehören, im Kammerbezirke wohnen und mindestens fünfzig Gulden jährlich an Real- oder Erwerbsteuer im Lande entrichten. Die Wahl hat nach den für die Beschlußfähigkeit und sonstige Wahlen der Kammer bestehenden Vorschriften zu geschehen.

Die Markt- und Landgemeinden im Herzogthume Salzburg werden im Landtage durch neun Abgeordnete vertreten. Die Vertreter dieser Gemeinden müssen in einer Gemeinde ihres Wahlbezirkes für die Gemeindevertretung wählbar sein und in diesem Bezirke einen Grundbesitz haben, von welchem eine jährliche Realsteuer von wenigstens zwanzig Gulden entrichtet wird. Zur Vornahme der Wahl haben aus jeder Gemeinde des Wahlbezirkes der Gemeindevorsteher und ein von der Gemeindevertretung durch Wahl aus ihrer Mitte bestimmter Wahlmann an einem vom Landeshauptmanne zu bezeichnenden Orte des Wahlbezirkes zusammenzutreten.

Für alle gewählten Abgeordneten werden gleichzeitig mit ihrer Wahl auch die Wahlen ihrer Stellvertreter vorgenommen. Für beide Landtagsmitglieder des landständischen Adels wird nur ein Stellvertreter und für die zwei Abgeordneten der Stadt Salzburg gleichfalls nur ein Stellvertreter gewählt. Hinsichtlich der Wählbarkeit und der Wahl gelten für die Stellvertreter die nämlichen Bestimmungen wie für die Abgeordneten.

Die übrigen Bestimmungen über die active und passive Wahlfähigkeit, über Functionsdauer, Wirkungskreis und Geschäftsordnung des Landtages sind jenen der Statute für Steiermark und Kärnthen gleich.

Der pariser = Corr. der „NPZ." schreibt: Das Telegramm aus Warschau, worin es heißt, daß dort keine Art von Protokoll unterzeichnet, nicht einmal eine Verabredung getroffen worden sei, findet in hiesigen politischen Kreisen nicht die entfernteste Beachtung, wird aber der revolutionären Tagespresse aller Schattirungen zum Steckenpferd dienen. Die französische Regierung weiß sehr gut, daß Warschau kein bloßer Scherz war. Die französischen Blätter sind angefüllt mit Correspondenzen aus Warschau, welche sich in den gehässigsten Mittheilungen gefallen. Eine von den zahllosen Tendenzlügen, welche über Zweck und Resultat der Warschauer Zusammenkunft verbreitet worden, ist die Behauptung, die plötzliche Erkrankung der Kaiserin-Mutter habe dem Kaiser Alexander zum Vorwande gedient, um den Besprechungen ein Ende zu machen. Ganz abgesehen von der inneren Unglaubwürdigkeit dieser Angabe, läßt sie sich aus äußeren Umständen mit leichter Mühe widerlegen. Die Souveräne und die Minister haben bekanntlich am 25. October in einer Sitzung im Schlosse Belvedere Berathung gepflogen und daß diese officielle Berathung die einzige und die letzte sein sollte, geht aus dem Umstande hervor, daß — wie wir auf das Bestimmteste wissen — der Kaiser Franz Joseph anfangs entschlossen war, an demselben Abende abzureisen, seine Abreise aber auf die Bitte des Kaisers Alexander, der Jagd bei Skierniewice beizuwohnen, auf zwei Tage hinausschob. Dies war eine beschlossene Sache, als, während die höchsten Herrschaften, mit Ausnahme des Kaisers Alexander, der sich nicht ganz wohl befand, im Theater waren, der Courrier mit der Kunde der Erkrankung der Kaiserin-Mutter eintraf. Wie sich von selbst versteht, konnte von da an von Lustbarkeiten keine Rede mehr sein, und am Tage darauf (am 26.) fand die Abreise statt. Man sieht, daß es barer Unsinn oder überdachte Perfidie ist, von einer „plötzlichen Auflösung der Conferenz" zu sprechen.

Der „Nat. Ztg." wird aus Warschau geschrieben: Am 25. v. Mts., als die Souveraine mit ihren Ministern conferirten, erhielt Kaiser Alexander von vier zu vier Stunden die bedenklichsten Bulletins, die er Anfangs aus Rücksicht auf seine Gäste für sich behielt; dann aber, als die Kaiserin, seine Gemahlin ihn dringend bat, nach Hause zu kommen, erreichte seine Unruhe einen solchen Grad, daß ihm die Verlängerung der Zusammenkunft und der Gedanke an das bevorstehende Jagdfest die äußerste Pein verursachte. Einigen ihm nahe stehenden Personen offenbarte er seine wahre Stimmung; sie wüßten nicht, sagte er ihnen, wie sehr er hier leide und wie ihm der Boden unter den Füßen brenne. Nach mehrstündiger Ueberlegung wurde endlich am Abende des 25. in später Stunde die allgemeine Abreise beschlossen. Kaiser Alexander verließ Warschau am Tage darauf noch vor seinen Gästen, obwohl seine Aerzte Einspruch gegen die Reise erhoben, weil er sehr erkältet war. Der Abschied von Franz Joseph fand in Formen Statt, welche wenigstens die herrschende Ansicht, als sei es hier zu einem Zerwürfnisse zwischen den beiden Monarchen gekommen, widerlegen. Der österreichische Kaiser umarmte den russischen Monarchen mehr als einmal. Die Trennung von dem Prinz-Regenten und seinen Brüdern war durchaus herzlich und bewegt. Die Scheidenden wußten, daß, wenn die Kaiserin stirbt, sie sich in wenigen Tagen in Petersburg wiedersehen. Nachmittags 3 Uhr verließ der Kaiser von Oesterreich unsere Stadt. Die drei Regierungen theilen gewisse Ansichten und Wünsche, aber in der praktischen Behandlung der zunächst vorliegenden Fragen sind wichtige Abweichungen unverkennbar. Rußland, geschwächt wie es ist, scheut große Kriege, und Preußen gibt seine Beziehungen zu England nicht Preis.

Der „Prager Zeitung" wird aus Berlin geschrieben: „In hiesigen politischen Kreisen erklärt man die Bemühungen der liberalen Presse, den Warschauer Monarchenkonvent als ganz ergebnißlos darzustellen, eben so für ein Parteimanöver, wie die aus der polnischen Hauptstadt bezogenen telegraphischen Depeschen, welche einer solchen Auffassung Vorschub leisten sollen. Unzweifelhaft werden die betheiligten Kabinete über die Berathungen der drei erlauchten Herrscher und ihrer Minister im Wesentlichen ein tiefes Schweigen beobachten. Aus dem Schweigen aber auf eine gänzliche Resultatlosigkeit schließen zu wollen, wäre gewiß eben so unrichtig wie die Erwartung von sofort eintretenden gemeinsamen Thaten der drei Mächte. — Das von Paris aus verbreitete Gerücht, in Warschau sei der Vorschlag wegen des Zusammentritts eines Kongresses zur Regelung der Verhältnisse Italiens aufgenommen worden, erweist sich als eine müssige Erfindung. In hiesigen politischen Kreisen wird nochmals mit aller Bestimmtheit versichert, daß außer Oesterreich und Preußen auch England dem neuen französischen Kongreßplane widerstrebt."

Ueber das Resultat der Warschauer Besprechungen bringt ein pariser Abendblatt vom 29. October folgende Mittheilung: Der Kaiser von Oesterreich habe mit Energie auf die Nothwendigkeit hingewiesen, den Fortschritten der Revolution eine Schranke zu setzen und gleichzeitig seine constitutionellen Reformen als einen Anspruch auf die Sympathie der Mächte geltend gemacht. Preußen und Rußland hätten die Eventualität einer Oesterreich zu bewilligenden Unterstützung acceptirt, aber nur für den Fall, daß Oesterreich von Piemont angegriffen und wenn die Consequenzen dieses Angriffs bedrohlich für Oesterreich würden. Mit anderen Worten, Rußland und Preußen hätten dem Kaiser Franz Joseph den Besitz von Venetien unter der Bedingung, daß er so lange wie möglich vermeide, die Offensive zu ergreifen, garantirt. Wir sagen, so lange wie möglich, denn es ist eben so gewiß als natürlich, daß Oesterreich sich nicht in einer absoluten Weise die Hände gebunden hat.

„Daily News" meint, daß die Warschauer Conferenzen um deshalb ohne Resultat geblieben seien, weil Oesterreich und Preußen der Forderung Rußlands, bezüglich Revision des Pariser Vertrages, nicht zugestimmt haben.

Vom Main, 28. October wird geschrieben: Es stand von vornherein zu erwarten, daß, wenn die englische Regierung in einer zu Händen Piemonts bestimmten Note der Besorgniß, es möchten weitere Territorial-Abtretungen im Werke sein, einen so unzweideutigen Ausdruck lieh, sie bereits bestimmte Anhaltspunkte für ihren Argwohn hatte. Man hat hier jetzt die Gewißheit, daß dem so ist, und England hat dem Vernehmen nach Anlaß genommen, die ihm über diese Angelegenheit zugegangenen Aufklärungen zur Kenntnißnahme und Darnachachtung auch nach Warschau zu übermitteln.

Nach einem Schreiben des „Vat." aus Kopenhagen wäre die königlich dänische Regierung geneigt, in Anbetracht der schwierigen Zustände Europa's, die auf eine enge Vereinigung aller legitimen Regierungen hinweisen, eine wenn auch nur vorläufige Auseinandersetzung in Betreff der holsteinischen Frage dem deutschen Bunde vorzuschlagen.

Die „Preß" behauptet auf Grund der öffentlich bekannten Thatsachen und besonderer Information, die sie haben will, es sei eine beschlossene Sache, daß die Franzosen Syrien nicht räumen würden. Die erbarmunslose Verfolgung der Drusen habe den Zweck, die Christen in Syrien mit der Furcht zu erfüllen, daß sie nach dem Abzuge der Franzosen der Rache der Drusen und Muselmänner verfallen würden. Diese Besorgniß zum Vorwand nehmend, würde L. Napoleon „sanft" erklären, daß er Syrien einstweilen behalten müsse.

Der Zwischenfall, der dem Prinzen von Wales in New-York begegnete, ist in der ersten Nachricht übertrieben worden. Der Prinz hatte nicht nöthig, einem Faustschlage auszuweichen, denn er saß im Wagen und fuhr so schnell, daß er und seine Begleitung von der Sache nichts bemerken konnte. Die Sache beschränkt sich auf einige Drohungen, welche ein englicher Matrose ausstieß, indem er mit geballter Faust auf den Wagen des Prinzen losstürzte. Er wurde sofort von der Menge festgenommen.

Der „Army and Navy Gazette" zufolge hat der Prinz von Wales die Rückreise von America vermuthlich am 17. Oct. angetreten und wird also wohl vor Ablauf des Monats in England eintreffen.

Ein Blatt meldet den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und der Republik von Venezuela in Folge der zahlreichen Attentate, die in Venezuela gegen spanische Unterthanen begangen worden sind.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 15. September 1860.

(Fortsetzung.)

Der Herr Leiter des Finanzministeiums: „Vom Finanzministerium aus erging keine solche Weisung."

Graf Clam: „Mit Einem Wort, sie sind ergangen. Gegenüber dieser Steigerung ist die Steigerung der Rückstände keine auffallende Erscheinung. Der Herr Leiter des Finanzministeriums glaubt diese Steigerung der Rückstände als kein so bedeutendes Moment herhorheben zu sollen. Ich halte dies auch nicht für so wichtig, für viel wichtiger jedoch, daß zugleich mit dieser so großen Steigerung der Steuerbelastung die Konsumtion von Salz und Eisen abgenommen hat. Das ist eines der bedauerlichsten Symptome, welches recht eigentlich den Grundbesitz und Wohlstand in seiner Wurzel angegriffen und gefährdet zeigt.

„Der dritte Punkt, der im Berichte wesentlich betont ist, betrifft das Verhältniß der Besteuerung des Grundes und Bodens zu dem beweglichen Kapitale. Hier würden vielleicht einige Ziffern einen schlagenden Beweis liefern. Das gewerbliche Kapital zahlt z. B. in Böhmen im Ganzen 1.577.000 fl., die dritte Klasse der Einkommensteuern beträgt 2.010.000 fl., zusammen also 3.587.000 fl., der Realbesitz aber zahlt allein an Kriegszuschlag 2.700.000 fl.!

„Dies ist das Verhältniß der Besteuerung von Grund und Boden zu derjenigen des beweglichen Kapitals, und ich glaube, man wird doch nicht behaupten, daß das bewegliche Kapital in Böhmen zu dem Realbesitze im Verhältniß wie 1 zu 50 stehe?

„Ich kann dies Beispiel noch mehr ausführen in Anwendung auf den einzelnen Fall. Nehmen wir z. B. einen Rentenbesitzer, der ein reines Einkommen von tausend Gulden hat, gegenüber einem Grundbesitzer, der eben dasselbe Einkommen besitzt. Der Grundbesitzer mit seiner Einnahme von 1000 fl. zahlt: $214\frac{1}{3}$ fl. an direkten Steuern, $26\frac{2}{3}$ fl. an Kriegszuschlag, dann $42\frac{2}{3}$ fl. als Landeszuschlag, also in Summe: $282\frac{2}{3}$ fl. — Der Kapitalist von 1000 fl. hingegen zahlt an Einkommensteuer 50 fl., an Kriegszuschlag 10 fl., Landeszuschlag 10 fl., Summe 70 fl.; also gerade den vierTheil von dem, was der Grundbesitzer zu leisten hat. Dieser zahlt daher 400 Prozent von dem, was der Kapitalbesitzer zahlt.

„Ich sage dies nicht, um dem beweglichen Kapital gleichfalls die Segnungen zuzuwenden, die dem Grundbesitzer erwiesen worden sind, aber ich glaube, auf diese Unbilligkeit hinweisen zu sollen. Diese Unbilligkeit wurzelt wesentlich im Besteuerungssysteme, und zwar in dem Punkte welcher eben in der Schlußformulirung hervorgehoben worden ist. Die Grundsteuer ist in dem kaiserlichen Patente vom Oktober 1849 mit einer Einkommensteuer in Verbindung gebracht worden. Es ist dort in dem Texte des Paragraphs und auch in den Motiven dieses Patentes ausdrücklich anerkannt, daß alle verschiedenen Quellen des Einkommens nach gleichem Maße beitragen sollten. Das Resultat davon aber war, daß der Grundbesitz mit $21\frac{2}{3}$ Perzent besteuert ist. Wenn dies also nicht ein schreiender Widerspruch zwischen dem Grundsatze und seiner Anwendung sein soll, so kann der Grund schlißlich nur darin liegen (was auch in den Motiven ausgesprochen ist), daß die Grundsteuer eigentlich mit 16 Perzent des Reinertrages als Grundlast betrachtet wird. Wäre das nicht der Fall, würde dies von Seite des Finanzministeriums bestritten, so ist es eine schreiende Ungerechtigkeit, indem es in dem Grundsetze des Gesetzes heißt, daß alles Einkommen nach gleichem Maßstabe beitragen soll, und es doch nicht geschieht.

„Aber eben um nicht zu dieser Ungerechtigkeit zu gelangen, muß jener Grundsatz auch anerkannt werden. Uebrigens ist er ein solcher, der über alle Zweifel erhaben ist, und nicht blos eine theoretische Auffassung, welcher eine andere gegenüber gehalten werden kann.

„Man kann sagen, es möge von diesem Grundsatze in einem oder dem andern Lande abgesehen werden; aber sobald man außer der Grundsteuer eine wandelbare Einkommensteuer erhebt, muß man sich auch zu dem Grundsatze bekennen, daß die Grundsteuer unwandelbar sei. Autoritäten in diesem Fache, namentlich in England, haben es ausgesprochen, daß der Grundbesitz nie anders besteuert werden soll, als wie die anderen Einkommenzweige, und daß jeder Versuch, besondere Lasten darauf zu häufen, in letzter Analyse auf die Konfiskation von Grund und Boden hinausläuft. Dann ist ein Grundsatz, dessen Mißachtung in weiterer Entwickelung eben so gut zur Kassirung der Staatsschuld, wie zum allgemeinen Umsturz führen könnte, weil es ein Präzedenzfall wäre für den Umsturz eines jeden Rechtes. Daher hat das Komité vollkommen richtig diesen Grundsatz hervorgehoben, sowie die Nothwendigkeit, nicht einen und denselben Gegenstand zweimal zu besteuern und auf diese Weise jede dieser Steuern wieder arbiträr erhöhbar zu machen.

„Seit dem Jahre 1849 sind die Steuerperzente in den Ländern noch wesentlich erhöht worden, in welchen die Katastralschätzungen vorgenommen worden sind. Wohin ein solches Verfahren führt, ist nicht nothwendig, erst näher zu beleuchten. Ich erwähne z. B. Böhmen (was ich vorzüglich im Auge habe), wo namentlich die Wiesen einen sehr geringen Ertrag liefern und meist nur in Folge einer künstlichen Bewässerung oder Entwässerung ertragfähig gemacht werden. Dort ist nach dem neuen Kataster die letzte Klasse der Wiesen höher besteuert, als die erste Klasse der Wiesen in Ober-Oesterreich, dem Lande des üppigsten Graswuchses! Das ist ein Resultat, welches mit der Wahrheit und den natürlichen Verhältnissen im direkten Widerspruche steht. Diesen Erträgnißschätzungen des Katasters gemäß wurden in den letzten zehn Jahren die ur-

sprünglichen Steuern erhöht. In Folge dieser Steuererhöhung sind aber auch die Zuschlagsperzente der Einkommensteuer erhöht worden, nach dem Grundsatze: „Je mehr man schon zahlt, desto mehr muß man noch besteuert werden", d. h. in dem Maße, als man mehr „Grundsteuer" zahlt, muß man auch noch mehr „Einkommensteuer" zahlen. Jedoch nicht genug, daß man mehr an Grund und Einkommensteuer zahlt, muß man auch noch um so viel mehr an den betreffenden „Steuerzuschlägen" zahlen. Jeder dieser Zuschläge aber trifft den Grundbesitzer nicht mit 5, sondern mit $21\frac{1}{3}$ Perzent. Daß dieses eine schreiende Ungerechtigkeit ist, glaube ich, dürfte kaum zu leugnen sein, eine Ungerechtigkeit, von welcher man sich weder in der Theorie, noch in der Praxis leiten lassen darf, und deßhalb glaube ich nicht, daß es eine Arrogirung eines Standpunktes ist, welcher dem hohen Reichsrathe nicht zukömmt, wenn er den Wunsch nach Beseitigung dieses Uebelstandes ausspricht, ohne sich dabei auf den Standpunkt der Steuerreform, wie dieses zu geschehen habe, ob so oder so, zu stellen; sondern die hohe Versammlung möge nur als Grundsatz aufstellen: „daß diese Ungerechtigkeit beseitigt und vermieden werden möge."

„Ich muß dieser Betrachtung nur noch hinzufügen, daß das, was von der Steuer und der Unbilligkeit durch die doppelte Besteuerung gilt, auch im höheren Maße von den Grundentlastungs-, Landes- und Kriegszuschlägen u. s. w. Geltung habe, welche alle in erhöhtem Maße auf die Grundsteuer fallen. Der Grundbesitzer zahlt $2\frac{2}{3}$ Perzent von seinem Einkommen, der Kapitalist 1 Perzent, also zahlt der Grundbesitzer um $1\frac{2}{3}$ Perzent (und das für den bloßen Kriegszuschlag) mehr, als das bewegliche Kapital. In Böhmen macht das 900.000 fl. aus, beinahe so viel, als die Erwerbsteuer. Die Landes-, Gemeinde- und anderen Zuschläge machen eine ungeheure Summe aus; es wird aber nicht einmal ein compte rendu darüber gegeben, sondern nur gesagt: „so und so viel muß jährlich an diesen Zuschlägen gezahlt werden."

„Der Gemeindevorsteher sagt nicht, wozu und wie diese Gemeindezuschläge verwendet und wie sie verwaltet werden, oder ob vielleicht Reste da sind, für das nächste Jahr, welche fruchtbringend angelegt werden können. Von alledem erfährt man nichts.

„Gegenüber einer solchen vollkommen arbiträren Verwendung die Grundsteuer als eine so elastische Besteuerung hinzustellen, ist aber ein höchst gefährliches Princip, eine Schraube ohne Ende, welche bis zum Ruin des Grundbesitzes führen kann. Es sind so wichtige Interessen hier betroffen, daß sich der Reichsrath veranlaßt finden muß, den Gegenstand mit aller Wärme zu befürworten und ich glaube, es wird dadurch eine große Beruhigung für die vielen anderen Interessen, welche dabei berührt werden, gewährt, wenn sich dieses Gegenstandes das erste Mal, wo er zur Sprache kommt, mit Wärme und Entschiedenheit angenommen wird.

„Ein Eingriff in eine bestimmte Steuerreform liegt in diesem Antrage ohnedieß nicht; es ist blos eine Adoptirung des Komité-Antrages, damit der Gegenstand in dieser Weise der hohen Regierung empfohlen und von ihr der Berücksichtigung unterzogen werde."

Der Herr **Leiter** des Finanzministeriums erwiderte hierauf, daß das Finanzministerium keineswegs für die Vortrefflichkeit des gegenwärtigen Steuersystems einstehe. Beweis dafür seien die langjährigen Verhandlungen uber die Steuerreform, deren Graf **Hartig** erwähnte. Er behaupte keineswegs, daß das gegenwärtige System überall eine vollkommen gleichmäßige Belegung mit der Steuer erzielt habe. Diese Gleichmäßigkeit herzustellen ist Aufgabe der Steuerreform. Das Finanzministerium sehe übrigens selbst die Gebrechen des gegenwärtigen Steuersystems ein und halte eine Reform, welche den finanziellen Interessen und jenen der Steuerträger gemacht wird, sehr erwünscht.

„Der Herr Ministerpräsident Graf **Rechberg**: „Ich erlaube mir hier auf zwei Punkte aufmerksam zu machen. Es ist ein Vergleich angestellt worden zwischen den Steuern, welche in Oesterreich gezahlt werden un jenen in anderen Ländern. Mit solchen Vergleichen, glaube ich, muß man sehr behutsam zu Werke gehen. Es ist nämlich sehr schwer, hierbei zu einem wahren und richtigen Resultate zu kommen. So ist z.B. Württemberg citirt worden, wo die directe Steuer eine viel geringere sei. Aber ich bemerke dazu nur, es müssen dort auch noch die sogenannten Amtsschaden, Gemeindelasten, Kreisschaden u.s.w. in Betracht gezogen werden und wenn man das summirt, so dürfte wohl der Unterschied sich viel geringer herausstellen, als man eben erwähnt. Ebenso muß die Ertragsfähigkeit der Güter mehr in Betracht gezogen werden, ob sie eine größere oder geringere sei, um darnach die Höhe der Steuer bemessen zu können. Es kann sein, daß ein Joch mit einem halben Gulden schon zu hoch besteuert ist, während ein anderes sehr leicht 4 und 8 Gulden zahlen kann. Bei solchen Vergleichen kann man also sehr leicht zu falschen Schlüssen gelangen.

„Ferner glaube ich, daß Graf **Clam** bei dem Beispiele, welches er von dem Grunde mit 33 Joch citirte, sehr richtig bemerkte, daß von diesem Grunde jetzt eine weit höhere Steuer bezahlt wird, als es früher der Fall war. In der Berechnung sind aber doch zwei Momente übersehen worden, das eine ist das, daß der Grund jetzt die Zehenten und grundherrlichen Lasten nicht mehr zu zahlen hat, die er vor dem Jahre 1848 zu entrichten hatte; — ferner, daß die Steuerzuschläge nicht zur laufenden Steuer gerechnet werden können. Die Grundentlastungszuschläge sind bestimmt, um sowohl das Kapital zurückzuzahlen, als die Zinsen der Schuld zu berichtigen, welche zur Befreiung des Bodens kontrahirt worden ist. Diese Leistungen hören auf, sobald die Operation der Grundentlastung beendet ist. Zu den laufenden Steuern kann diese Abgabe aber nicht gerechnet werden. Die Minister leugnen übrigens keineswegs, daß die Steuern eine sehr bedeutende Höhe erreicht haben. Sie werden sich glücklich schätzen, wenn die Finanzlage es ihnen gestatten wird, bei Sr. Majestät eine Erleichterung der Steuerpflichtigen zu beantragen."

Graf **Clam**: „Ich muß mir nur zur Aufklärung zu bemerken erlauben, daß ich beim Jahre 1847 die Zuschläge für die Robotreluition in Rechnung gebracht habe. Was übrigens die Vergleichung gegen die Nachbarländer betrifft, so ist immer nur Ein Joch kultivirten Bodens gerechnet worden, und man muß doch wohl zugeben, daß der Vergleich zwischen Baiern und Böhmen nicht ganz ungerechtfertigt ist."

Der Herr **Ministerpräsident**: „Ich weiß, daß in Baiern, d. h. in manchen Theilen Baierns ein Morgen oder Juchert, wie sie es dort nennen, um 500 fl. verkauft wird, in anderen Theilen dasselbe Flächenmaß um 10 — 12 fl. Es muß also doch ein großer Unterschied in der Ertragsfähigkeit bestehen."

Graf **Szécsen**: „Ich will mir nicht erlauben, die Aufmerksamkeit des hohen Reichsrathes längere Zeit in Anspruch zu nehmen, nur in Betreff dessen, was Se. Excellenz der Herr **Ministerpräsident** über die Unrichtigkeit ähnlicher statistischer Vergleiche erwähnt hat, muß ich bemerken, daß Graf **Bárkoczy**, der die Ansichten des Herrn Grafen **Clam-Martinitz** theilt, dessen Bemerkung gerade gegenüber der Auffassung Jener vorgebracht hat, die seit einer Reihe von Jahren durch ähnliche Vergleiche beweisen wollen, daß die Steuern in Oesterreich geringer seien, während doch Jedermann fühlt, daß dem nicht so ist. Hinsichtlich dessen, was vom Grafen **Clam** in Betreff des Bauerngutes gesagt worden ist, welches bei einem Ertrage von 400 fl. eine so bedeutende Steuer zu zahlen hat, kann ich mir die Bemerkung nicht versagen, daß bei ähnlichen Fällen immer wieder auf die heilsamen Folgen der Grundentlastung hingewiesen wird, dabei dürfte aber nicht zu übersehen sein, daß das, was dem bäuerlichen Besitzer durch die Regelung der Besitzverhältnisse zugewachsen, doch großentheils dem früheren grundherrlichen Besitzer entzogen worden ist und daher, nachdem die Besteuerung jetzt billigerweise eine gleichmäßige für Alle ist, der frühere grundherrliche Besitz oft im selben Verhältnisse eine größere Last zu tragen hat, in welcher der bäuerliche Grundbesitz den Werth gewonnen hat.

„Ich verkenne nicht, daß bei der Durchführung der Grundentlastung das Verhältniß sich in dieser Beziehung nicht überall gleichstellt; ich verkenne auch nicht, daß bei einer so umfangreichen Operation, wie die Grundentlastung, Irrthümer, Mißgriffe und Fehler kaum zu vermeiden waren, und wünsche daher, mich nicht dem Vorwurfe ausgesetzt zu sehen, als ob ich mich gegen die Art der Durchführung der Grundentlastung überhaupt aussprechen wollte, glaube aber vorführen zu können, daß es sehr viele Grundbesitzer gibt, denen die Grundentlastungs-Entschädigung nur ein Drittel ihres Verlustes ersetzte, und welche somit in dieser Beziehung zwei Drittheile ihres Vermögens verloren haben.

„In Betreff der Bemerkung Sr. Exc. des Herrn Leiters des Finanzministeriums über den Komité-Antrag glaube ich, daß dieselbe nicht im Widerspruche mit dem Antrage des Komité's stehe.

„Wenn ich die Ansicht, welche hier entwickelt worden ist, richtig aufgefaßt habe, so wurde darauf hingewiesen, daß schon im kaiserlichen Patente, welches die Einkommensteuer im Jahre 1849 geregelt hat, der Grundsatz ausgesprochen war, daß die eigentliche Grundsteuer als eine sichere und unwandelbare Grundlage festzuhalten sei, und der Einwurf, welcher gemacht wurde, sowie die darauf zielenden Wünsche gehen daher dahin, daß man bei der Application der Einkommensteuer von diesem ausgesprochenen Grundsatze abgegangen ist.

„Es handelt sich also nicht um die Ausführung neuer Grundsätze, sondern es soll nur darauf hingewiesen werden, daß man in der Entwicklung der Steuer von den Grundsätzen, welche früher aufgestellt waren, abgekommen ist; es ist demzufolge hier nicht eine positive Richtung für die spätere Steuerreform vorgezeichnet, sondern es sind nur jene Principien hervorgehoben, welche die Aufmerksamkeit des Komité's auf sich gezogen haben, und welche der Erwägung der hohen Regierung empfohlen werden. Ich glaube selbst, daß, wenn positive Anträge vom hohen Reichsrathe vorgelegt werden dürften, diese die vollkommene Freiheit der Dispositionen der hohen Regierung im Falle der Reform durchaus nicht beirren würden, nicht nur wegen der Frage der Kompetenz oder Inkompetenz, sondern auch wegen des moralischen Gewichtes, welches bei der Prüfung der Frage der entgegenstehenden Ansicht zukommen würde, wenn sie die richtigere wäre.

„Wenn eine solche Prüfung eintritt und Argumente und Ansichten einer entgegengesetzten Auffassung sich geltend machen, die stärker und wichtiger sind, so können ja die Andeutungen des Reichsrathes ohnehin keine bindende Kraft haben.

„Ich glaube daher, daß, wenn der hohe Reichsrath den Antrag des Komité's annimmt, er weder einer Steuerreform vorgreift, noch seine Kompetenz überschreitet, sondern nur einen Wunsch ausdrückt und einer Auffassung Ausdruck verleiht, deren Billigkeit und beachtenswerthe Wichtigkeit selbst vom h. Ministerium Anerkennung erhalten hat."

Freiherr v. **Petrinó** bemerkt rücksichtlich der Angabe, als bestehe kein Gesetz, daß Waisengelder in Staatspapieren angelegt werden sollen, daß ihn die Worte des Herrn Grafen **Clam** zu der Erwähnung berechtigten, daß gerade in der Bukowina Waisengelder, wo solche bestehen, in den Tilgungsfond gesendet werden, ja selbst eine Exekution sei auf einem Gute in Galizien vorgenommen worden, ohne daß eine Verständigung erfolgte, während das betreffende Kapital dem Tilgungsfond zugewendet ward.

Wenn aber das Gesetz nicht existire und das Wohl des Pupillen ganz in die Hände des Richterstandes als der Pupillarbehörden gegeben sei, dann sei es traurig, wenn über das Kapital keine Bestimmungen beständen und so das Kapital einer Gefahr ausgesetzt sei.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 31. Oct. Se. Majestät der **Kaiser** ist gestern in Begleitung Sr. k. Hoheit Prinz **Albert** von **Sachsen** und Sr. k. k. Hoheit Herrn Erzherzog **Ludwig Victor** um 8 Uhr Abends mit Separat-Hofzug der Elisabeth-Eisenbahn von Penzing nach Ischl abgereist, und wird in 3 bis 4 Tagen wieder nach Schönbrunn zurückkehren.

Se. Hoheit der Herzog von **Nassau** wird in Ischl erwartet, um an den dortstattfindenden Hofjagden Theil zu nehmen.

Die „Wien. Z." veröffentlicht nachstehende Telegramme von Sr. Hoheit dem FML. Prinzen von **Hessen** an Se. k. k. Apostolische Majestät. **Zarskoje Selo**, 29. Oktober. Das heutige Büllетin lautet: „Erfreut durch das Wiedersehen des Kaisers hat die Kaiserin Alexandra Feodorowna eine ziemlich ruhige Nacht gehabt; obgleich keine besonderen Krankheits-Erscheinungen stattgefunden haben, sinken die Kräfte doch allmälig."

Zarskoje-Sselo, 30. Oktober. Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter hatte eine unruhige Nacht, sonst keine Veränderung.

Ihre Majestäten der Kaiser **Ferdinand** und die Kaiserin **Maria Anna** sind am 30. v. Mts. von Allerhöchstihrer Sommerresidenz Ploschkowitz in Prag eingetroffen.

Se. kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog **Albrecht** wird noch in dieser Woche von Venedig hier eintreffen und nach kurzem Aufenthalte sammt Familie dahin abreisen.

Ein Theil der Dienerschaft Sr. k. Hoh. des Herrn Erzherzogs **Wilhelm** ist gestern nach Verona abgegangen. Der Herr Erzherzog selbst begibt sich nach der Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers dahin.

Der Herr Kriegsminister Graf von **Degenfeld** wird heute von Verona hier ankommen. Bis zum Eintreffen des Herrn FZM. Ritter von Benedek führt der Herr FML. Graf Stadion in Verona das Armee-Commando im lombardisch-venetianischen Königreiche.

Se. Exc. der Landesgeneral-Commandant für Italien, FZM. Ritter v. **Benedek**, wird morgen aus Ofen hier erwartet; der neu ernannte Landesgeneral-Commandant für Ungarn, FML. Fürst Franz Liechtenstein, hat sich gestern Abends nach Ofen begeben.

Der Herr Polizeiminister Freiherr von **Mecsery** ist von Prag hier angekommen und wird seine Wohnung in dem Amtsgebäude in der Herrengasse nehmen.

Der österreichische Gesandte am englischen Hofe, Graf Rudolph **Apponyi**, begibt sich heute wieder auf seinen Posten nach London.

Der k. k. Gesandte Herr Graf **Trautmansdorff** und Gemalin sind gestern Abends nach Dresden abgereist.

Der österreichische Gesandte am dänischen Hofe, Herr Baron von **Brenner-Felsach**, ist gestern auf seinen Posten nach Kopenhagen abgereist.

Der dänische Gesandte Hr. Graf v. **Bille-Brahe** ist gestern von seiner Urlaubsreise nach Kopenhagen hier angekommen.

Am 24. v. M. ist die von der zwölften Generalversammlung der katholischen Vereine zu **Prag** beschlossene **Adresse** an Se. Excellenz den hochw. Herrn Erzbischof von **Freiburg** abgegangen. Dieselbe spricht zunächst den Schmerz und die Entrüstung aus über den Bruch eines feierlichen Vertrags, drückt sodann dem greisen Helden ihre Freude über die feste und würdige Haltung seines Klerus aus mit der Bitte, von diesem Gefühle der Verehrung und Achtung denselben in Kenntniß zu setzen.

Am 29. v. M. wurde im akademischen Senate der **Pesther** Universität einstweilen der Beschluß gefaßt, die von den Fakultäten bezüglich des Vortrags sämmtlicher Lehrfächer in ungarischer Sprache gestellten Anträge sich anzueignen und der k. Statthalterei zur Genehmigung zu unterbreiten, im übrigen es der höheren Entscheidung anheim zu stellen, wie es mit den Vorträgen jener Professoren, die der ungarischen Sprache nicht mächtig sind, zu halten sei. — Sämmtliche in Josephstadt Internirten sind am 29. mit dem Morgenzuge in Pest eingetroffen.

Dem „Pesti Naplo" entnehmen wir die Nachricht, der Lehrkörper des **Ofner Polytechnicums** habe in seiner am 26. v. M. abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen, als Unterrichtssprache die ungarische zu gebrauchen, und diesen Entschluß der Statthalterei sogleich unterbreitet.

Dem „Fortschritt" wird mitgetheilt, daß hier täglich aus verschiedenen Punkten des Landes — selbst aus dem streng nationalen, fast radicalen Borsoder Comitate — Zustimmungs-Erklärungen eintreffen und daß ungarische Notabilitäten anlangen — unter Andern Paul v. Somssich — um sich mit den hier anwesenden andern Patrioten zu verständigen. Auch habe der Erzbischof von Erlau während seines hiesigen Aufenthaltes die Rechte seines Stuhles auf die Obergespannschaft des Heveser Comitates geltend gemacht und sein Name werde in den nächsten Tagen auf der Liste der neu ernannten Obergespäne zu lesen sein.

Die Besetzung der **ungarischen Aemter** wird heute vom amtlichen Theile der „Wiener Zeitung" kundgemacht, und zwar wurde der außerordentliche Reichsath und ehemalige Obergespan des Baranyaer Komitates Georg v. **Majláth** unter gleichzeitiger taxfreier Verleihung der geheimem Rathswürde zum Tavernicorum regalium Magister im Königreiche Ungarn ernannt. Die durch den Grafen Franz Zichy sen. freiwillig zurückgelegte Würde des Oberstthürhüters dem geheimen Rathe Franz **Zichy** jun., — die Würde des Oberstmundschenkes dem geheimen Rathe Grafen Georg Andrássy, dann die Würde des Oberst-hofmeisters dem außerordentlichen Reichsrathe Grafen **Barkóczy** verliehen und zur gesetzmäßigen Besetzung der Kronhüterstellen der heiligen ungarischen Krone der Graf Georg **Károlyi** und der Freiherr Adalbert v. **Prónay** zu Kronhütern ernannt. Ferner hat der Kaiser genehmigt, daß der Kardinal Fürst-Primas von Ungarn Johann v. **Scitovszki** und der Erzbischof von Erlau Adalbert **Bartakovics** die Oberleitung des Graner, beziehungsweise Heveser Komitates als Perpetui supremi Comites derselben Komitate, gleich wie die Erbobergespäne Fürst Paul **Esterházy** und Graf Leopold **Nádsdy** die Oberleitung des Oedenburger, beziehungsweise Komorner Komitates wieder antreten. Zugleich geruhten Se. k. k. Apostolische Majestät die Obergespäne sämtlicher Comitate allergnädigst zu ernennen. Mit Rücksicht auf die wegen vorgerückten Alters gestellte Bitte der Erbobergespäne Grafen Fidel **Pálffy** und Fürsten Batthyányi um Enthebung, und in Anbetracht der Minderjährigkeit des Erbobergespans Grafen Schönborn wurden zu Administratoren der Obergespanswürde im Preßburger Komitate der Graf Josepy Pàlffy; im Eisenburger der Oberstlieutenant in der Armee Graf Georg Festetics und im Bereghеr Komitate Andreas v. Kazinczy ernannt. Der pensionirte Hofrath Eduard v. Zsedényi, der außerordentliche Reichsrath Bischof Anton Korizmics, der gewesene Komitats-Administrator Ignaz v. Rohonczy, dann die Ministerialräthe Stephan v. Privitzer und Koloman v. Beke, endlich der gewesene Landesgerichts-Präses Kornel v. Balogh wurden zu wirklichen Hofräthen und Referendären bei der königl. ungarischen Hofkanzlei ernannt.

Graf **Kalkreuth**, der früher in der österreichischen Armee gedient, soll dem Vernehmen nach in kgl. neapolitanische Dienste getreten sein.

Rußland ist in die Reihe jener Staaten eingetreten, welche Oesterreich gegenüber in Gerichtsfällen die Gegenseitigkeit beobachten.

Deutschland.

Aus **Berlin**, 30. October, wird geschrieben: Se. k. Hoh. der Prinz-Regent haben wegen Heiserkeit in Folge einer Erkältung auf der Reise gestern das Zimmer nicht verlassen. Der k. Gesandte in Petersburg, v. Bismark-Schönhausen, begibt sich heute auf seinen Posten zurück.

Wie der „Württb. Staatsanz." meldet, haben der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin in Folge neuerer beunruhigender Nachrichten über den Gesundheitszustand der Kaiserin-Mutter von Rußland am 27. v. M. ihre Reise nach Petersburg angetreten.

Aus guter Quelle vernimmt die „A. A. Z." daß von Seite mehrerer hohen Kirchenprälaten Deutschlands an den heil. Vater nach Rom die Bitte ergangen ist, Rom unter den gegenwärtigen Umständen zu verlassen, und zeitweilig seinen Aufenthalt in Deutschland zu nehmen. Eine gemeinsame Adresse der Katholiken Deutschlands zu dem gleichen Zwecke wird eben von den katholischen Vereinen Deutschlands vorbereitet. Die Anregung hiezu ist, dem Vernehmen nach, von Wien ausgegangen, und sollen alle Katholiken zur Unterzeichnung dieser Adresse eingeladen werden.

Das Organ der katholischen Geistlichkeit in Berlin, das „Märk. Kirchenbl.", schreibt Folgendes: „Auf Grund protestantischer Einsicht in die sittliche Bedeutung des Papstthums haben sich am 21. Sept. zu Erfurt positiv gläubige Protestanten, wie Dr. Leo, Bindewald rc. mit Katholiken, wie Graf Stolberg, Prof. Michelis rc. eigens darum zusammengefunden, um eine **Wiedervereinigung der getrennten Confessionen** Deutschlands anzubahnen. Nächstens wird wieder eine solche Conferenz stattfinden, namentlich um gemeinsame Lecture zu schaffen." Die Kreuzzeitung" bemerkt darauf, sie bedauere, daß das „Märk. Kirchenbl.," wenn es sich einmal gedrungen fühlte, diese Angelegenheit der Oeffentlichkeit zu übergeben, „sich nicht genauer und damit zugleich richtiger ausgelassen hat." Hoffentlich werde nunmehr von zuständiger Seite bald etwas Ausführlicheres darüber veröffentlicht werden. Einstweilen sei zu bemerken, daß das Zustandekommen einer zweiten Conferenz fraglich geworden sei.

Der gewesene Cardinal-Legat von Bologna, Msg. **Bellá** ist am 27. in München eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 28. October. Fürst Richard von Metternich, österreichischer Botschafter in Paris, wurde heute vom Kaiser empfangen. Fürst Metternich soll wirklich dem Kaiser sehr wichtige Erklärungen Seitens seiner Regierung über die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Italien abgegeben haben. Oesterreich werde sich, als Großmacht, einem gemeinsamen Einschreiten gegen die von Piemont begangenen Uebergriffe anschließen und, was Venedig anbelange, sich auf der Defensive halten. So wird von sonst wohlunterrichteter Seite mit großer Bestimmtheit versichert. — Die Opinione Nationale ist immer noch bedroht. — Auch die in Paris wohnenden Neapolitaner haben, in Gegenwart des sardinischen Geschäftsträgers, Grafen Gropello, für die Annexion abgestimmt, oder vielmehr eine eben nicht große Anzahl derselben hat auf der sardinischen Gesandtschaft einen Adhäsionsact deponirt. Die liberalen Neapolitaner, setzt der Constitutionnel hinzu, sind freilich alle nach Hause zurückgekehrt, während die hier befindlichen Würdenträger sich nicht compromittiren wollen und sich eine Hinterthür offen halten möchten. — Der persische Gesandte Hassan Ali Khan ist gestern von London hier eingetroffen. — Zu Nizza, Villafranca und im Vesubia-Thale werden Befestigungs-Arbeiten ausgeführt. Zu gleichem Zwecke werden die Höhen von Mentone aufgenommen. — Die hiesigen Anhänger Roms haben dafür gesorgt, daß es päpstlichen aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Truppen während ihres Aufenthaltes in Paris an nichts fehlt. Sie speisen in dem großen Restaurant **Richefeu** an der ehemaligen Bar-

tière Mont parnasse. Am Tage ihrer Abreise wurden sie von unzähligen Leuten aller Stände bis zum Bahnhofe begleitet und mit Speisevorräthen aller Art reichlich bedacht. Diejenigen welche noch Päpstliche Montirungen trugen, zogen ohne Knöpfe davon; denn eine Anzahl Personen, besonders Frauen, kauften sie ihnen ab, weil sich die Tiara mit den beiden Päpstlichen Schlüsseln auf denselben befindet.

Der „AAZ." wird aus Paris unterm 27. Octb. geschrieben: Es unterliegt keinem Zweifel mehr daß die Kammern schon für den Monat Dezember einberufen werden, denn es handelt sich um bedeutende Geldbewilligungen. Im Staatsschatz herrscht Ebbe. In den meisten Dienstzweigen sind Fehlsummen einzuregistriren. Das freisinnige Mauthgesetz hätte glückliche Folgen gehabt wenn man den Frieden ernstlich gewollt hätte. Die Erhöhung der Tabakstarife erregt Unzufriedenheit, denn an ihr erblickt man daß die Regierung der künstlichsten Mittel bedarf um sich Geld zu verschaffen und das riesenhafte Deficit zu decken. Die Legislation hat sich auch mit dem neuen Gesetz für die Militärreserve zu beschäftigen. Die Regierung bedarf Geld und Leute um in der beklagenswerthen Politik, die sie eingeschlagen, consequent fortzufahren. Die Marschälle sind gegen den Krieg, denn sie ahnen eine Katastrophe, wenn der Weg nicht bald verlassen wird den man allen ehrlichen Franzosen zum Trotz weiter zu verfolgen beabsichtigt.

Dem Toulonnais zufolge hat der „Vauban" Ordre bekommen, sich zur Fahrt nach Algier bereit zu halten, von wo er verschiedene Detachements zur Verstärkung der syrischen Expedition nach Beyrut führen soll.

Paris, 29. October. Morgen hält der Kaiser bekanntlich eine Revue über die kaiserliche Garde ab, die mit Ausnahme der in Melun, Fontainebleau, Meaux und Compiegne liegenden Garde-Reiterei dabei anwesend sein wird. Die Patrie legt dieser Revue eine besondere Wichtigkeit bei. — Herr v. Kisselew wird nächsten Mittwoch von Warschau in Paris erwartet. Herr v. Hübner begibt sich heute Abends nach Wien zurück. Gestern hatten er und Fürst Metternich eine Privat-Audienz beim Kaiser. Es sollen wichtige Dinge verhandelt worden sein. — Ein kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage, welches der Moniteur heute veröffentlicht, verfügt, daß die Waaren britischen Ursprungs und britischer Manufactur, welche in dem Handelsvertrage vom 23. Januar d. J. aufgeführt sind, beim Import auf andern als französischen oder britischen Schiffen einen Zollzuschlag bezahlen sollen, nämlich 25 Cents pr. 100 Kilogramm, wenn die Waaren überhaupt zollfrei oder mit weniger als 3 Fr. zu verzollen sind; beträgt der eigentliche Zoll aber 3 Fr. und mehr, so kommt der in Art. 7 des Gesetzes vom 28. April 1816 festgesetzte Zuschlag zur Berechnung. — Auch die kaiserliche Garde soll in dem Maße, wie die übrigen Armee-Regimenter ein viertes Bataillon erhalten, verstärkt werden. — Die Cardinäle Riaro und Raisack begeben sich heute Abends von Marseille nach Rom. — Man spricht wieder von einer Ministerkrisis. Laity soll Minister des Innern werden, Billault soll sich aus Gesundheitsrücksichten zurückziehen, Walewski soll an Thouvenels Stelle treten, de Buitry Finanz- und Behic Marineminister werden. — Die katholischen Journale sind ermächtigt worden, den Brief Montalemberts an Cavour abzudrucken, welcher große Sensation erregt hat. Die Kaiserin soll ihn sehr gebilligt haben. — General Bedeau soll die Berufung nach Rom nicht angenommen haben. Lamoricière wird in Paris erwartet, soll jedoch später nach Rom zurückkehren, wo er unentbehrlich ist, da der Papst eine neue Armee bilden will. — General Goyon ist beauftragt worden, in den Städten des Patrimoniums Petri die päpstlichen Wappen wieder aufzurichten, gleichzeitig aber die piemontesischen Gemeinderäthe im Amte zu lassen. Das ist charakteristisch für die französische Politik. Man treibt Revolution unter loyalen Aushängeschildern. — Eine neue anonyme Broschüre „La politique française", die soeben aus der alten unermüdlichen Fabrik hervorgegangen ist, greift alle Mächte an und dringt schließlch auf eine Umgestaltung der europäischen Karte unter der hohen Leitung des Kaisers Napoleon. Solche Veröffentlichungen sind nicht geeignet, die Geister zu beruhigen oder das Mißtrauen und die Befürchtungen der europäischen Mächte zu zerstreuen. Eine andere Broschüre erscheint morgen unter dem Titel: l'empereur Pape, eine „Idee," welche bei der napoleonischen Partei sehr beliebt ist und allerdings die römische Frage ungemein vereinfachen würde.

— Die gerichtliche Untersuchung wider Herrn Guéroult (dem Geranten der „Opinion nationale") wegen böswilliger Verbreitung falscher Nachrichten wurde, wie die „A. A. Z." meldet, eingestellt, weil Herr Guéroult sich mit Fahrläßigkeit entschuldigt, und weil man unter den gegenwärtigen Umständen sogar den Schein „Oesterreich eine Genugthuung zu geben" vermeiden will.

Spanien.

Aus Madrid, 29. Oct. wird telegraphirt, daß am Tage zuvor Marschall O'Donnell im Senat erklärt habe, die Marokkaner hätten sich begnügt, eine weitere Frist für die Zahlung der Kriegsentschädigung zu verlangen. Rios Rosas geht nach Rom. Spanien ist entschlossen, Italien gegenüber die strengste Neutralität zu bewahren, im Uebrigen aber sich zur Selbstvertheidigung zu rüsten. Der Minister des Auswärtigen ist außer aller Gefahr. Die Eisenbahn von Madrid nach Guipuzcoa soll Anfangs 1861 dem Betriebe übergeben werden können.

Belgien.

Aus Brüssel ist am 26. v. Mts. der frühere Finanzminister Liedts, gegenwärtig Gouverneur der Provinz Brabant, in Begleitung des Directors im Finanzministerium, Vanderstraeten, nach Paris abgegangen, um daselbst als außerordentlicher Commissär die Unterhandlungen wegen Erneuerung des belgisch-französischen Handelsvertrages zu leiten.

Italien.

Nach den neuesten Nachrichten aus Neapel, schreibt die „N. P. Z.," ist nicht mehr zu bezweifeln, daß sich die königlichen Truppen hinter den Garigliano zurückgezogen haben und dort eine Stellung einnehmen, aus der sie nur durch eine Reihe von Kämpfen zu vertreiben sein werden. Die Stützpunkte dieser neuen Stellung sind Fondi auf dem linken, Traetto auf dem rechten Flügel; Gaëta liegt ziemlich hinter der Mitte zwischen beiden Punkten. Ob die Königlichen auf dem linken Flügel vorwärts von Fondi auch Benevento am Garigliano halten, steht nicht fest, ist aber wahrscheinlich. Das Terrain, welches die königliche Armee vertheidigt, ist gebirgig; bis jetzt ist die Verbindung mit dem Kirchenstaat auf dem linken Flügel noch offen, ebenso die Verbindung mit der See, da die Blokade Gaëta's nicht anerkannt wurde. Wenn die Depeschen von den Vorbereitungen der Piemontesen zu einer großen Schlacht sprechen, so glauben wir allerdings gern, daß der ganze Annexions- und Revolutionsschwindel sich sehr freuen würde, wenn der König von Neapel (Gegen-König nennt ihn niederträchtig genug die Kölnische Cavour-Zeitung!) seine geringen Streitkräfte der Uebermacht Viktor Emanuel's zum Verspeisen in einer großen Schlacht zu Gebote stellte. Vorläufig aber zweifeln wir noch daran und hoffen, daß der König beider Sicilien, dessen persönlicher Muth jetzt selbst dem schmutzigen „Times"-Scribenten Achtung abgenöthigt hat, in einem Vertheidigungskriege sich länger halten kann. Einen ehrenvollen Untergang hat sich der junge Fürst nun doch gesichert für den schlimmsten Fall, und wohl denen, die das erreicht haben!

Die Pariser „Patrie" meldet in ihren letzten Nachrichten, daß man schon anf die erste von dem Gesandten in Turin gemachte Meldung des Erscheinens eines 30.000 Mann starken piemontesischen Corps im Rathe Franz II. die Räumung von Capua beschlossen und bereits seit dem 10. October mit der Räumung des Materials begonnen hatte. Um die Rückzugsbewegung zu decken, habe man mit 11.000 Mann bei Isernia und dann später mit 15.000 Mann ein Treffen geliefert. Trotz der dabei erlittenen Verluste hätten diese beiden Gefechte doch den Vortheil geboten, mit der Armee einen Flankenmarsch von nahezu 75 Kilometres auszuführen und die sämmtlichen Streitkräfte zu concentriren.

Zur Stimmung in Toscana bildet folgende Mittheilung einen charakteristischen Beitrag: Die toscanische „Misericordia", eine so zu sagen weltbekannte, über alle Städte ausgebreitete wohlthätige Gesellschaft, die aus Fürsten, Grafen, Marquis, Gelehrten, Geistlichen, Beamten, Kaufleuten und Handwerkern mit Aufhebung jeglicher Standesunterschiede besteht und den Großherzog zu ihrem Haupt hatte, hat in Florenz im nächsten Jänner eine Ehrenernennung zu machen und schon jetzt den Muth gehabt, zu dieser Ehrenernennung den Großherzog Ferdinand vorzuschlagen. Wie sich leicht denken läßt, ist deßhalb in dieser Gesellschaft nun eine solche Spaltung ausgebrochen, daß ihre Mitglieder, was seit ihrem Bestehen noch nie, selbst nicht zur Pestzeit, selbst nicht zur Cholerazeit, geschehen, augenblicklich keinen Dienst mehr thun, so daß nur noch ihre eigentlichen Diener hier und da für die schlimmsten Nothfälle verwendet werden.

Ricasoli hatte in Florenz seine Entlassung gefordert, weil ihm die für öffentliche Arbeiten, namentlich für sanitätische Meliorationen in den Maremmen, geforderten sechs Millionen vom Ministerium verweigert worden waren. Da diese Weigerung zurückgenommen worden, so ist Ricasoli im Amte geblieben.

Der Verfasser des Memorandums Garibaldi's ist Karl Cattaneo, welcher statt nach London zu gehen, in Neapel die diplomatischen Geschäfte besorgt. Er genießt hiefür 2000 Ducati monatlich. Mazzini gibt ein neues Journal heraus, unter dem Titel: „Il Popolo Italiano."

Der „Gaz. di Verona" wird geschrieben: Bertani habe zwischen Garibaldi und Cavour folgendes vermittelt: Jener hat freie Hand Truppen zu sammeln, um im Frühling Oesterreich anzugreifen. Cavour verspricht zur geeigneten Zeit zu Hilfe zu kommen. Derselbe intendirt auch eine Versöhnung mit dem Papste und hat mit den einleitenden Schritten den Erzbischof von Modena beauftragt, welcher vor allen Dingen die ihm auch zugestandene Entfernung Farinis aus dem Ministerium gefordert hat. Der Papst will sich indeß auf nichts einlassen.

Die „Danzig. Ztg." entnimmt einem Briefe aus Gaëta folgende seltsame und nähere Aufklärung bedürftige Nachricht: Das auf der Rhede von Gaëta liegende kleine preuß. Kriegsschiff, Dampfaviso „Loreley" ist am 12. von einer piemontesischen Fregatte genöthigt worden, die Rhede zu verlassen und unter den Kanonen der Festung Schutz zu suchen. Die Festung richtete ein heftiges Feuer gegen die Piemontesen. Die „Loreley" ist dasselbe Schiff, welches vor einiger Zeit einen Brief des Königs Franz II. an die Besatzung der Citadelle von Messina überbrachte.

Ueber die gegenwärtigen Zustände in Neapel entnimmt die „Eidgenössische Zeitung" dem Privatbriefe eines Mannes, welcher vor drei Monaten als begeisterter Anhänger Garibaldis und der Revolution Neapel verließ und vor Kurzem dorthin zurückkehrte, Folgendes: „Die Garibaldini, welche barfuß und zerlumpt hieherkamen, sieht man jetzt schön ausgerüstet in Kutschen umherstolziren; sie behandeln Neapel als eine eroberte Stadt und benehmen sich so sittenlos, daß Diejenigen, welche ihren Einzug am lautesten begrüßten, sie jetzt je eher je lieber los wären. Allein Niemand wagt zu sprechen; der Druck ist härter als früher und die Gefängnisse sind mehr angefüllt als zur Bourbonischen Zeit. Die Finanzen sind verschleudert, Unfug und Raub jeder Art wird begangen. Alexander Dumas kam mit Garibaldi, ward in einem königlichen Palast einquartirt, an dessen Thüren Wachen aufgestellt wurden; seine Tafel war fürstlich, Staatskutschen und jede Art von Luxus stand ihm auf öffentliche Kosten zu Gebot, und zuletzt erhielt er noch eine fette Anstellung. Dies war jedoch sogar für die Geduld der Neapolitaner zu viel, und durch die öffentliche Stimme gezwungen, legte er seine Stelle nieder."

Türkei.

Die Agence Reuter meldet aus Konstantinopel vom 20.: Fürst Cousa ist abgereist. Man erwartet ein Zwangs-Anlehen. Ali Pascha ist zum Minister des Auswärtigen ernannt. Man glaubt an den Sturz Riza Pascha's.

Amerika.

Aus New-York, 15. October, wird gemeldet: Ein in Costa-Rica von dem früheren Präsidenten Mora gemachter Revolutions-Versuch ist vollkommen gescheitert. Die an Zahl überlegenen Regierungs-Truppen unter Blanco griffen Mora's Position bei Punta Arenas an und nahmen dieselbe im Sturm. Mora und seine Generale entkamen, wurden jedoch später gefangen genommen und erschossen.

Aus Utah schreibt man, daß Brigham Young nicht im Mindesten daran dachte, mit seinen Anhängern das Salzsee-Thal zu verlassen. Vielmehr schien der alte Maronitengeist wieder aufzuleben. Das Tabernakel, das einige Zeit nach Ankunft der Unionstruppen geschlossen geblieben war, wurde wieder geöffnet und wieder Gottesdienst darin gehalten.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 2. November.

* Eine neue polnische Brochure: „Die Gegner der päpstlichen Sache in Polen vor dem Forum der geschichtlichen Wahrheit," eine Analyse der Brochure: „Papst und Polen" von Sr. Hochwürden P. Zygmunt Golian ist soeben im Druck erschienen und in den Buchhandlungen Krakau's zu beziehen.

* Der durch seine mit Beifall aufgenommenen Concerte in Warschau, Lemberg und an andern Orten rühmlich bekannte Violinist, Herr Kazimierz Łada, ein Schüler des Pariser Conservatoriums und Autor einer allgemeinen „Geschichte der Musik," wird, in Krakau eingetroffen, hier in den nächsten Tagen ein Concert veranstalten.

* Künftigen Montag früh um 8 Uhr findet die Rekruten-Losung der hiesigen militärpflichtigen Jugend des Contingents vom J. 1840 und der vorhergehenden Jahre in so weit als sich dies zur Ausfüllung des zuständigen Contingent als nöthig herausstellt, statt. Die Aushebung, deren Inswerksetzung in Folge der Versetzung der Landes-Regierung aus Krakau vom Magistrate und der städtischen Behörde auf die Bezirksbehörde überging, erfolgt am 21. d.

* Im Jahre 1854 waren in den 12 östlichen Bezirken Galiziens 126 Meilen 2660 Klafter Kommunikations-Wege in Entwurf genommen; von diesen wurden im Bau beendigt: 32 Meilen 934 Klafter im Jahre 1855, 20 Meilen 3490 Klafter im Jahre 1856, 16 Meilen 1534 Klafter im Jahre 1857, 15 Meilen 1046 Klafter im Jahre 1858, und 9 Meilen 1801 Klafter im Jahre 1859, zusammen 94 Meilen 805 Klafter. Mit dem Ende des Jahres 1859 blieben noch zu bauen 32 Meilen und 1855 Klafter Landstraßen.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. Oktober. Schlußkurse: 3 % 69.20. — 4½ % 95.80. — Staats-Bahn 490. — Cred.Mob. 717. — Lomb. 483. — Oest. Kred. 333. Haltung sehr fest. — Consols mit 93 gemeldet.

Paris, 30. Oktober. Schlußkurse: 3perz. 69 — 4½ perz. 95.50. — Staatsbahn 486. — Cred.Mob 710. — Lomb. 482.

London, 30. Oktober. Consols, (Schluß) 93. — Wechsel-Kurs auf Wien 13.65. — Silber 61¾.

Krakauer Cours am 31. October. Silber-Rubel Agio fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl österr. Währung fl. poln. 344 verlangt, 338 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 75 verlangt, 74 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 134 verlangt, 132 bezahlt. — Russische Imperials fl. 10.90 verl., 10.70 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.70 verlangt, 10.50 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.26 verl., 6.16 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.36 verl., 6.26 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100½ verl., 99½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 86¾ verl., 85¾ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 69½ verlangt, 68 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 75 verlangt, 74 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60% fl. österr. Währ. 153 verl., 150 bez.

Lotto-Ziehungen vom 31. Oktober 1860.

Wien:	19	38	7	62	32.
Prag:	71	72	20	57	41.
Graz:	24	31	57	23	3.

Neueste Nachrichten.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Turin, 30. Oktober. Das gestrige Amtsblatt veröffentlicht eine Convention zwischen dem Handelsminister und einigen Unternehmern, bezüglich des Baues der Eisenbahn von der gegenwärtigen französischen Grenze nach Voltri und von Genua über Spezia und Sarzano bis nach Massa.

Mailand, 31. Oct. Die heutige „Perseveranza" meldet: Briefe aus London wollen aus authentischer Quelle wissen, daß England das Zustandekommen eines Kongresses nicht unterstützen und daß auch Preußen in diesem Sinne vorgehen werde. Nino Bixio ist durch einen Sturz mit dem Pferde schwer verletzt worden und hat sich den linken Fuß gebrochen.

Die turiner „Opinione" vom 30. v. Mts. meldet: Viktor Emanuel begab sich von Teana nach Sessa, letztere Stadt ist blos einen Tagemarsch von Gaëta entfernt. Man glaubt, daß zwischen dem Volturno und Garigliano kein Gefecht der Neapolitaner gegen die Piemontesen statthaben werde, da sich erstere bei der Annäherung Cialdini's gegen Gaëta zurückzogen. Garibaldi hatte sich in das Hauptquartier Viktor Emanuel's begeben. Anläßlich der Volksvotirung kamen in vielen Gemeinden blutige Auftritte vor, namentlich in Cinque frondi Provinz Reggio, wo die Nationalgarde gegen die Jäger von Aspromonte zu den Waffen griff; der Kampf begann in der Kirche, es gab viele Todte und Verwundete auf beiden Seiten. Marchese Aiossa und sein Sohn fielen für die Sache König Franz' II. Eine Abtheilung dort angekommener Truppen stellte die Ordnung wieder her.

Aus Neapel wird unterm 27. v. M. gemeldet: Die kombinirten Armeen Garibaldi's und des Königs Victor Emanuel treffen Anstalten zu einer Schlacht. Indessen soll der König von Sardinien dennoch am Osten in Neapel einziehen. Zu dessen Empfang werden große Vorbereitungen getroffen. Mehrere Scenen der Unordnung sind in Neapel vorgekommen; Contre-Revolutions- und Plünderungs-Versuche.

Aus Gaëta, 27. October, wird der „Independ. belge" gemeldet: Man erklärt das Gerücht der Räumung Capuas durch den Umstand, daß die Armee, welche diesen Platz vertheidigt, sich auf die Linie des Garigliano zurückgelehnt hat, um dem General Cialdini den Uebergang über denselben streitig zu machen. Es fand am 26. ein Kampf der Avantgarde statt, welcher 6 Stunden dauerte. Die königlich Neapolitanischen behaupten, Sieger gewesen zu sein und 6 Kanonen genommen zu haben. Indeß ist jede Armee in ihren Stellungen geblieben. Es steht eine große Schlacht bevor. Der Oberbefehl über die königl. neapolitanische Armee ist dem General Ritacci entzogen und dem General Salzano übergeben worden. Der König und die drei Prinzen sind diesen Abend zur Armee abgegangen.

Aus Turin, 30. Oct., meldet man dem erwähnten Blatt: Eine Depesche aus Sessa (in Neapel) von heute meldet: Gestern ist nach der Zusammenziehung unserer Truppen auf dem linken Ufer des Garigliano eine Recognoscirung vorgenommen worden. Zwischen den Vorposten entspann sich Gewehrfeuer und eine kurze Kanonade.

Aus Neapel, 31. Oct., meldet eine tel. Depesche: Am 29. Oct. entbrannte am Garigliano ein heißer Kampf. Die Piemontesen wurden geschlagen. Viele Gefangene und Todte. In mehreren Provinzen haben anti-annexionistische Bewegungen stattgefunden.

Der „Messager du Midi" meldet vom 27. Oct. Das piemontesische Geschwader bombardirte das königliche Lager an der Mündung des Garigliano. Der französische Admiral entsendete eine Fregatte um das Feuer einzustellen. Der piemontesische Admiral zog sich unter Bedauern über die erhobene Protestation zurück und segelte nach Neapel.

Nach „Daily News" hat der französische Admiral Barbier de Tinan die Ordre erhalten, auf die Schiffe des Admirals Persano zu schießen, wenn von diesen Schiffen aus ein Angriff auf Gaëta erfolgen sollte.

Ueber die Volksabstimmung vom 21. meldet eine Depesche aus Neapel vom 28., daß in der Stadt und Provinz Neapel 229,780 Wähler eingeschrieben waren. Die Abstimmung ergab 185.408 Ja und 1609 Nein. In Bacci haben 126.007 mit Ja, 63 mit Nein gestimmt. In Benevent, dem päpstlichen Enclave, gab es gar keine Nein.

Wie telegraphisch aus Rom vom 27. October gemeldet wird, ist Lamoricière in den römischen Adelsstand erhoben worden, und es soll ihm zu Ehren eine Medaille geschlagen werden. Der päpstliche Nuntius in Paris, Erzbischof Sacconi, war in Rom eingetroffen. Sein Urlaub lautet auf unbestimmte Zeit. Berardi, Substitut des Staats-Secretariats, scheidet aus dem Ministerium aus, und sein Bruder ist des Landes verwiesen worden. Der französische Gesandte, Herzog v. Grammont hat gegen die Note Lamoricière's protestirt. (Wir werden den Inhalt derselben morgen mittheilen.)

Paris, 31. Oct. Aus Beirut wird über Malta gemeldet: Die Damascener Flüchtlinge haben Fuad-Pascha in einer Bittschrift die Unmöglichkeit ihrer Rückkehr nach Damascus dargestellt, indem sie von den Türken mit dem Tode bedroht werden. Der Scheik der Drusen vom Hauran hat gedroht 8000 Christen zu massakriren, wenn die den Drusen gestellten Bedingungen zu hart ausfallen.

Neueste Ueberlandpost. (Mittelst des Lloyd-Dampfers „Vulcan" am 31. Oktober in Triest eingetroffen.) Alexandrien, 26. Okt. Der Dampfer „Candia" mit der Post aus China und Calcutta hat bei Dschedda eine Beschädigung der Maschine erlitten, so daß er die Fahrt nicht fortsetzen konnte. Die Post und die Passagiere wurden durch den ägyptischen Dampfer nach Suez gebracht.

Calcutta, 22. Sept. In Nepal sind nur noch wenige Rebellen. Feroz-Schah wurde in Centralindien aufgefunden. Zwei Dörfer in denen Wittwen-Verbrennungen stattgefunden haben, wurden bestraft.

Batavia, 5. Sept. In Samarang wurden 9 Schweizer-Soldaten gehängt, vier zu zehnjährigem Kerker verurtheilt. 11. Sept. In Soerabaya wird der Ausbruch einer Meuterei besorgt und werden Vorsichtsmaßregeln dagegen ergriffen. In Banjermassing leisten die Rebellen noch fortwährend Widerstand. Der Schraubendampfer „Sir James Brooke," der Borneo-Kompagnie gehörig, ist gescheitert. Der Generalgouverneur der Philippinen ist gestorben.

Shangai, 4. Sept. Die Taka-Forts wurden am 21. Aug. nach fünfstündigem Feuer genommen und der Besatzung freier Abzug mit Zurücklassung der Munition zugestanden. Die Alliirten verloren 3 bis 400 Mann an Todten und Verwundeten. Die Bevollmächtigten sind am 26. in Tien-Tsin angekommen und gehen nächstens, von Cavallerie eskortirt, nach Peking. Die Regierung versprach einen freundlichen Empfang. Die Rebellen, beim zweimaligen Angriffe auf Shangai mit großem Verluste zurückgeschlagen, gaben ihre bisherige Stellung auf. Die Gefahr ist beseitigt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 31. Oktober und 1. November 1860.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Graf Alfred Łoś a. Bobów. Stanislaus Brandys a. Kalwaria. Hipolit Koszutski a. Polen. Hipolit Rubiszewski a. Warschau. Marzeli Maskowski a. Dobromil. Valerian Scheniawski a. Polen. Ladislaus Bartoszewski a. Polen. Anton Lisowiecki a. Nytaz.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Adam Gorczyński n. Brzeznica. Adam Michałowski nach Polen. Tadeus Wolański n. Posen. Ignatz Zaborowski n. Wien. Alexander Jabłonowski n. Rußland. Marzeli Maskowski n. Dąbrowice. Josef Dąbski n. Rudno. Ferner: Hr. Victor Offenheim, Eisenbahn-General-Inspektor n. Przemyśl. Johann Herz, Eisenbahn-Generalinspektor n. Przemyśl. Kajetan Köb, Eisenbahn-Generalinspektor nach Przemyśl.

Amtsblatt.

Z. 15263. **Edict.** (2298. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem, dem Aufenthalte nach unbekannten Leib Süsser mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben die k. k. Finanz-Procuratur Namens des hohen Staatsverwaltung wegen unbefugten Auswanderung unterm 6. October 1860 Z. 15263 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit dem Bescheide vom 16. October 1860 Z. 15263 zur Erstattung der Einrede eine 90 tägige Frist anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Samelsohn mit Substituirung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Geissler als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Versäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 16. October 1860.

N. 4186. **Concurskundmachung.** (2273. 1-3)

Zu besetzen ist die Schichtenmeisters-Adjunctenstelle, bei der k. k. Salinen-Berg-Inspection in Wieliczka in der XI. Diäten-Classe, dem Gehalte jährlicher Fünfhundert Zwanzig fünf Gulden und dem systemmäßigen Salz-Deputats-Bezug von 15 Pfd. jährlich pr. Familienkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von 262 fl. 50 kr. ö. W.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der erforderlichen theoretischen und practischen Ausbildung im Bergbaufache überhaupt, und der Manipulations- und Local-Kenntnisse des Wieliczkaer Grubenbaues insbesondere, dann der Kenntniß der polnischen oder einer andern slavischen Sprache, und einer festen, ausdauernden, für Grubendienste geeigneten Körpers-Constitution; der Cautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der k. k. Wieliczkaer Berg- und Salinen-Direction verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction binnen sechs Wochen einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.
Wieliczka, am 26. October 1860.

Z. 6599 civ. **Edict.** (2293. 1-3)

Vom Neu-Sandezer k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß Seine Excellenz der Herr Justiz-Minister mit dem Erlasse vom 17. September 1860 Z. 13091 den Advokaten zu Neu-Sandez Dr. Leon Bersohn über sein Ansuchen nach Stanislau zu übersetzen befunden habe.

Es wird daher für jene vom Herrn Advokaten Dr. Bersohn vertretenen gerichtlichen Geschäfte für welche kein anderer Bevollmächtigter oder ämtlicher Vertreter ausgewiesen oder kein spezial Substitut bestellt erscheint, der Neu-Sandezer Advokat Hr. Dr. Johann Micewski als General-Substitut und für den Fall dessen Verhinderung Hr. Advokat Dr. Dionis Pawlikowski als dessen Stellvertreter ernannt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Neu-Sandec, am 22. October 1860.

L. 6599. **Obwieszczenie.**

C. k. Sąd obwodowy Nowo-Sądecki podaje niniejszem do wiadomości, iż Jego Excellencya p. Minister sprawiedliwości postanowił rozporządzeniem z dnia 17. Września 1860 do L. 13091 Adwokata Dra Leona Bersohna z Nowego-Sącza przenieść na jego żądanie do Stanisławowa.

Ustanawia się tedy dla tych spraw sądowych przez p. Adwokata Dra Bersohna zastępywanych dla których albo żaden inny pełnomocnik albo urzędowy zastępca niejest wykazanym, albo żaden substytut szczegółowy niejest ustanowionym, Nowo-Sądeckiego Adwokata Dra Jana Micewskiego jako substytuta ogólnego, a w razie przeszkody tegoż p. Adwokata Dra Dyonizego Pawlikowskiego jako jego zastępcę.

Z rady ces. król. Sądu obwodowego.
Nowy-Sącz, dnia 22. Października 1860.

Z. 14880. **Edict.** (2296. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten Herrn Ignaz Chrzanowski und im Falle dessen Todes dessen unbekannten Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Anton Kurowski wegen Anerkennung und Intabulirung als Eigenthümer der in der Landtafel dom. 115 pag. 120 eingetragenen Vogtei Juszczyn (Advocatie Juszczyn) Krakauer Kreises, Makower Bezirkes hiergerichts unterm präs. 29. September 1860 Z. 14880 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit dem hiergerichtlichen Bescheide vom 16. October 1860 Z. 14880 zur mündlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den 20. November 1860 um 10 Uhr Vormittags angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Zyblikiewicz mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Witski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechts-Behelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Versäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird. Krakau, am 16. October 1860.

Kundmachung. (2294. 3)

Die Statuten der österreichischen National-Bank enthalten über die Repräsentation der Bank-Gesellschaft, folgende Vorschriften:

§. 5.

„In den Bank-Angelegenheiten eine Stimme zu führen, sind nur jene Actionäre berechtiget, welche in den Vormerkungen der Bank mit ihrem Namen als Actionäre erscheinen, und sich über den vorgeschriebenen Besitz der jährlich von der Bank-Direction zu verkündenden Anzahl von Actien auszuweisen vermögen.“

§. 22.

„Die Bank-Gesellschaft wird durch einen Ausschuß und durch eine Direction repräsentirt.“

§. 23.

„An dieser Repräsentation können nur jene Actionäre, welche österreichische Unterthanen sind, in der freien Verwaltung ihres Vermögens stehen, und die erforderliche Zahl der Actien besitzen, Theil nehmen. Insbesondere sind davon diejenigen ausgeschlossen, über deren Vermögen ein Concurs (Aufruf der Gläubiger) angeordnet wurde, oder welche durch die Gesetze für unfähig erklärt sind, vor Gericht ein giltiges Zeugniß abzulegen.“

§. 24.

„Der Bank-Ausschuß hat aus hundert Mitgliedern zu bestehen.“

§. 25.

Jene Actionäre sind Mitglieder des Ausschusses, welche nach dem Ausweise des Actien-Buches, sechs Monate vor und zur Zeit der Einberufung des Ausschusses, die größte Anzahl Actien besitzen.“ (Diese Actien müssen demnach auf den Namen des betreffenden Actionärs lauten, und vom 1. Janner 1860 oder früher datirt sein.) „Bei einer gleichen Anzahl entscheidet die frühere Nummer des Blattes im Actien-Buche. Der Besitz der Actien selbst, ist jedoch durch Depositirung oder Vinculirung derselben, einen Monat vor der Versammlung des Ausschusses, bei der Bank auszuweisen.“

§. 27.

„Jedes Mitglied des Ausschusses kann nur in eigener Person und nicht durch einen Bevollmächtigten erscheinen, hat auch bei Berathungen und Entscheidungen, ohne Rücksicht auf die geringere oder größere Anzahl Actien, die ihm gehören, und wenn es auch in mehreren Eigenschaften an den Verhandlungen Theil nehmen würde, nur Eine Stimme.“

Um so viel möglich zu erreichen, daß eine Zahl von hundert Mitgliedern an der nächsten Ausschuß-Versammlung Theil nehme, werden hiermit alle Actionäre welche sich im Besitze von mindestens **Fünf** Actien befinden, und Ausschuß-Mitglieder zu werden wünschen, in so ferne sie zu Folge der vorerwähnten Bestimmungen hierzu befähigt sind, eingeladen, baldmöglichst, und zwar längstens bis 17. November d. J. durch ein an die Bank-Direction in Wien gerichtetes kurzes Schreiben, diese ihre Absicht bekannt zu geben.

Nach Ablaf dieses Termines ergehet sofort eine besondere Einladung an jene Herren Actionäre, welche sich gemeldet haben, und zwar in der Reihenfolge, welche die Zahl der Actien bezeichnet wird, in deren Besitz die eingeladenen Herren Actionäre sich befinden. Mit dieser besonderen Einladung werden dieselben ersucht werden, die Actien nach Vorschrift bis länstens 15. December 1860 zu deponiren.

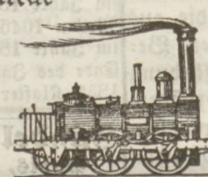
Die Veröffentlichung des Verzeichnisses der Ausschuß-Mitglieder wird sodann unverzüglich erfolgen.

Wien, am 18. October 1860.

Pipitz,
Bank-Gouverneur.
Christian Heinrich Ritter von Coith,
Bank-Gouverneurs-Stellvertreter.
Sina,
Bank-Director.

N. 5429. **Kundmachung.** (2282. 1-3)

Es wird der für die Betriebsstrecke

der kais. königl.  privil. galizische

Carl Ludwig-Bahn

erforderliche Bedarf an

Ober-Bauhölzern

für das Jahr 1861, bestehend aus
50,000 Stück Kiefer- oder Eichenschwellen und
5,200 Cub' eichenen Extrahölzern,
im Lieferungswege hintangegeben.

Sämmtliche Oberbauhölzer müssen den bei der Centralleitung, bei den Inspectionen und in der Stationen Jaroslau, Radymno und Przemyśl zur Einsicht bereit liegenden Bedingnissen entsprechen.

Die Ablieferung hat im Monate Januar k. J. zu beginnen, und muß bis Ende Juni 1861 beendet sein.

Die Anbote müssen bis
längstens 17. November l. J.
versiegelt, und mit der Aufschrift:
„Anbot zur Lieferung von Oberbauhölzern“
bei der Centralleitung in Wien, Heidenschuß, Credit-Anstalts-Gebäude, eingebracht werden.

Jeder Anbot muß die Quantität, die Gattung der zu liefernden Hölzer, die Station auf welche die Lieferung beabsichtiget wird, dann den durchschnittlichen Preis für ein Stück Stoß- und Mittelschwelle, oder für eine Cubikschuh eichenes Extraholz mit Buchstaben und Ziffern enthalten.

Wird die Lieferung auf mehrere Stationen beabsichtiget, so muß der Preis für jede Station besonders ausgedrückt werden.

Dem Anbote muß ein Vadium von 5 pCt. des berechneten Gesammtbetrages der beabsichtigten Lieferung im Baaren oder börsefähigen Werthpapieren zur Tages-Curse, beigeschlossen sein.

Wien, am 18. October 1860.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 1. August 1859.

Abgang von Krakau
Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm
Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh,
Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.
Nach Rzeszów 5,40 Früh, (Ankunft 12,1 Mittags); nach Przeworsk 10,30 Vorm. (Ankunft 4,30 Nachm.)
Nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Wien
Nach Krakau 7 Uhr Morgens. 8 Uhr 36 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau
Nach Krakau 11 Uhr Vormittags

Abgang von Myslowitz
Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczakowa
Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 56 M. Abends und 1 Uhr 48 Minuten Mittags.
Nach Trzebinia 7 Uhr 23 M. Mrg., 2 Uhr 33 M. Nachm.

Abgang von Granica
Nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr 6 Min. Nachmitt.

Ankunft in Krakau
Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends.
Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.
Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abd
Aus Rzeszów (Abgang 2,15 Nachm.) 8,24 Abends, aus Przeworsk (Abgang 9 Uhr Vorm.) 3 Uhr Nachm.
Aus Wieliczka 6,40 Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
1	2	332''' 72	0,7	71	schwach	Trüb		+2'4	+3'6
	10	32 02	0'8	81					
2	6	31 53	1'5	93			Schnee		

Getreide-Preise
auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in drei Gattungen classificirt.
(Berechnet in österreichischer Währung.)

Aufführung der Producte	Gattung I. von fl.	kr.	bis fl.	kr.	II. Gatt. von fl.	kr.	bis fl.	kr.	III. Gatt. von fl.	kr.	bis fl.	kr.
Der Metz. Wint. Weiz.	6	40	6	50	—	—	6	25	—	—	—	—
„ Saat-Weiz.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Roggen	4	50	5	60½	—	—	4	25	—	—	—	—
Gerste	4	25	4	50	—	—	4	—	—	—	—	—
Hafer	1	85	2	—	—	—	1	75	—	—	—	—
Erbsen	5	—	5	15	4	50	4	85	4	—	4	25
„ Hirsegrütze	6	50	6	80	6	—	6	25	5	—	5	75
„ Fasolen	5	30	5	65	5	—	5	15	4	—	4	50
Metz. Buchweizen	—	—	3	25	—	—	3	—	—	—	—	—
„ Hirse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Kartoffeln (neue)	2	15	2	25	—	—	2	—	—	—	—	—
Cent. Heu (Wien. G.)	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Stroh	—	—	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Pd. fettes Rindfleisch	—	—	—	17	—	—	—	—	—	—	—	—
„ mag. „	—	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Rind-Lungenfl.	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—
Spiritus Garniec mit Bezahlung	—	—	2	75	—	—	—	—	—	—	—	—
do. abgezog. Branntw.	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	—
Garniec Butter (reine)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hefen aus Märzbier ein Fäßchen	—	—	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—
detto aus Doppelbier	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—
Hühner-Eier 1 Schock	—	—	1	8	—	—	1	5	—	—	—	—
Gerstengrütze 1/8 Metz	—	77½	—	80	—	65	—	70	—	55	—	60
Czenstochauer dto	1	40	1	44	—	—	1	36	—	—	—	—
Weizen dto.		—	1	28	—	—	1	25	—	—	—	—
Perl dto.	1	35	1	40	—	—	1	30	—	—	1	—
Buchweizen dto.	1	35	1	40	—	—	1	30	—	—	—	—
Geriebene dto.	—	—	—	90	—	—	—	80	—	—	—	—
Graupe dto.	—	—	—	95	—	80	—	85	—	—	—	—
Mehl aus fein. dto.	—	75	—	80	—	—	—	70	—	—	—	—
Buchweizenmehl dto.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kraut-Köpfe 1 Schock	1	25	1	50	—	—	1	—	—	—	—	80
Rother-Klee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Vom Magistrate der Hauptst. Krakau am 30. Oct. 1860.
Deleg.-Bürger — Magistrats-Rath **Łoziński.** — Markt-Kommissar **Jezierski.**

Wiener - Börse - Bericht
vom 29. Oktober.

Oeffentliche Schuld.
A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	62 25	62 —
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	75.70	76 —
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	96.—	97.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64 80	65.—
dtto. „ 4½% für 100 fl.	58.75	59 —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	124.75	125 —
„ 1854 für 100 fl.	89 —	89 50
„ 1860 für 100 fl.	88 —	88 75
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.25	16.75

B. Der Kronländer.
Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	88 50	89.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	86.—	87.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	86 —	87 —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	94.—	95.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67 75	68 25
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	65.50	66 50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.50	66 50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	64 25	65.—

Actien.

	Geld	Waare
der Nationalbank pr. St.	750 —	752 —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	168 80	169.—
der Nied.-öst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	537 —	538 —
der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM.	1833 —	1835 —
der Saats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	255 —	256.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	178 —	178.50
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	112 50	113 50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 120 fl (60%) Einz.	144 50	145 —
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 120 fl. (60%) Einzahlung	149 50	150.—
der österr. Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	401 —	403 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	145.—	180 —
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	360 —	370 —
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	350 —	306 —

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	99.50	100.—
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	97 50	98 —
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87 50	88.—
der Nationalbank auf österr. Wäh. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	100.—	— —
der Nationalbank auf österr. Wäh. verlosbar zu 5% für 100 fl.	84,52	84.50
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.	83.—	84.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	103 75	104.—
Donau-Dampfs.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	92.—	93.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	110.—	112.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	38.—	38 50
Esterházy zu 40 fl. CM.	83 —	84 —
Salm zu 40 „	36 50	37.
Palffy zu 40 „	35 —	35 50
Clary zu 40 „	35.50	36 —
St. Genois zu 40 „	35 25	35 75
Windischgrätz zu 20 „	23.—	23.50
Waldstein zu 20 „	25.—	25 50
Keglevich zu 10 „	13 50	14 —

3 Monate.
Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	113,65	113.75
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2%	113.75	113.85
Hamburg, für 100 M. B. 2%	100.25	100.35
London, für 10 Pfd. Sterl. 4%	132.75	132 80
Paris, für 100 Franken 3½%	52.80	52 85

Cours der Geldsorten.

	Geld	Waare
Kais. Münz-Dukaten	6 fl. —40 Nkr.	6 fl. —35 Nkr
„ vollwichtige Duk.	6 fl. —40 „	6 fl. 34 5/10 „
Kronen	18 fl. —30 „	18 fl. —35 „
Napoleonsd'or	10 fl. —68 „	— fl. —— „
Ruff. Imperiale	10 fl. —95	— fl. ——

In der Buchdruckerei des „CZAS.“ Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother. **Beilage.**